



## **Keine Fußfesseln für unsere Freiheit: Die Jusos in der Region Hannover kritisieren das neue niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz.**

Weiterleitung an Landtagsabgeordnete der SPD Region Hannover: Doris Schröder-Köpf, Stephan Weil, Dr. Thela Wernstedt, Stefan Politze, Rüdiger Kauröff, Dr. Silke Lesemann, Wiebke Osigus, Thordies Hanisch, Alptekin Kirci, Kerstin Liebelt, Claudia Schüssler

**Durch das neue niedersächsische Polizeigesetz wird die Balance von Sicherheit und Freiheit in Niedersachsen gestört. Diese Freiheitseinschränkungen durch Präventivhaft und Überwachung entsprechen nicht sozialdemokratischen Werten und auch nicht der realen Sicherheitslage im Land. Als Jusos Region Hannover schließen wir uns deshalb dem Bündnis gegen das niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) an und appellieren an alle Landtagsabgeordneten der SPD Region Hannover, sich nicht von konservativer und rechter Stimmungsmache treiben zu lassen. Steht mit uns gegen die unverhältnismäßige Kompetenzerweiterung der Polizei und für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik.**

Als Sozialdemokrat\*innen und Jungsozialist\*innen denken wir präventiv, wenn wir von Sicherheit sprechen. Wir wollen, dass alle Menschen sicher leben können – ohne Angst, dass in ihre Privatsphäre eingegriffen wird, ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung. Sicherheit bedeutet für uns, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren, eine Vision, mit der die niedersächsische SPD in der Landtagswahl 2017 stärkste Kraft geworden ist. Eine sichere Gesellschaft schaffen wir durch Perspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderen Eigenschaften. Sozialdemokratische Bildungs- und Sozialpolitik sind die beste, präventive Sicherheitspolitik.

Im neuen niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) geht es auch um den Gedanken der Prävention – doch hier bedeutet Prävention: Menschen, die noch keine Straftat begangen haben, überwachen, einsperren, kriminalisieren. Das betrifft zum einen Einzelpersonen, denen terroristische Straftaten mutmaßlich zugetraut werden und die mit einer Fülle verschärfter Maßnahmen ohne Richter\*innenvorbehalt zu rechnen haben wie beispielsweise elektronische Fußfesseln. Zum anderen betrifft es den gesamten öffentlichen Raum durch eine massive Ausdehnung der Überwachung bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten. Nicht zuletzt sind Versammlungsteilnehmer\*innen betroffen, wenn Verstöße gegen das Vermummungsverbot in Zukunft als Straftat eingestuft werden. Anstatt dass die Polizei, wie es Innenminister Boris Pistorius nach den Protesten um den G20-Gipfel in Hamburg formuliert hatte, flexibler reagiert, werden so alle Weichen auf Eskalation gestellt und die öffentliche Sicherheit stärker gefährdet als es einzelne Vermummte könnten.

Als Jusos der Region Hannover sind wir davon überzeugt, dass sich die SPD die *Law and Order* Innenpolitik der CDU nicht zu eigen machen darf. Für uns ist Sicherheit kein Selbstzweck, sondern dient dem Ausleben der individuellen Freiheit. Insbesondere durch die



Überwachungsoffensive, die das NPOG unter anderem in Form von gesichtserkennenden Kameras und Staatstrojanern entfacht, die Kriminalisierung von Versammlungsteilnehmer\*innen und die Präventivhaft für sogenannte „Gefährder\*innen“ sehen wir die Balance von Freiheit und Sicherheit erheblich gestört. Wenn solche Instrumente erst einmal gegeben sind, ist davon auszugehen, dass sie eher zu viel als zu wenig genutzt werden. Die Befürchtung, eine Person „zu kurz“ einzusperrern, der\*die dann doch eine Straftat begehen könnte, wird vermutlich größer sein als die Befürchtung, eine Person zu Unrecht in Haft zu nehmen. Daher sind die Beschwichtigungsversuche der niedersächsischen SPD, dieses Mittel werde nur maßvoll eingesetzt, nicht überzeugend. Menschen, die gegen Nazi-Demonstrationen (wie wir sie aktuell erschreckenderweise in Chemnitz erleben müssen und auch in Niedersachsen stattfinden) auf die Straße gehen und nicht erkannt werden möchten, um sich vor rechter Gewalt zu schützen, müssen in Zukunft befürchten, von der niedersächsischen Polizei als Straftäter\*innen verfolgt zu werden. Die Ausweitung von Überwachungskompetenzen verwischt die Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten und spornt CDU-Innenpolitiker\*innen wie Uwe Schünemann dazu an, weitere Ausweitungen, z.B. auf Fußballstadien, zu fordern. Wer der konservativen Sheriff-Logik erst einmal zustimmt, läuft Gefahr, dass immer mehr Kompetenzen für Sicherheitsbehörden mit immer mehr Sicherheit gleichgesetzt werden. Das kann jedoch keine sozialdemokratische Sicherheitspolitik mehr sein.

Ein Argument zur Beschwichtigung ist immer wieder, dass die erweiterten Kompetenzen maßvoll eingesetzt werden sollen. Das kann denkbar sein, solange das Innenministerium SPD-geführt ist und die SPD die stärkste Fraktion im Niedersächsischen Landtag stellt. Das NPOG hat aber kein Ablaufdatum. Wird ein solches Gesetz erst einmal verabschiedet, werden wir es vermutlich nie wieder los. Auch wenn die Hoffnung, die SPD werde für immer die stärkste Partei in Niedersachsen sein, verlockend ist, darauf verlassen können wir uns nicht. Wenn die SPD-Landtagsfraktion das NPOG unterstützt, dann legt sie damit auch zukünftigen, weniger „maßvollen“ Landesregierungen ein (zu) „scharfes Schwert“ in die Hand.

Sicherheitspolitische Maßnahmen müssen neben prinzipiellen Abwägungen auch der tatsächlichen Sicherheitslage angemessen sein. Selbstverständlich muss gegen terroristische Straftaten vorgegangen werden. Eine latente Bedrohung durch Terrorismus besteht in Niedersachsen wie auch sonst überall sicherlich. Eine handfeste Bedrohung und eine über die latente Terrorgefahr hinaus zugespitzte Sicherheitslage können wir in Niedersachsen allerdings nicht erkennen. Viel mehr ist es ein bekanntes Mittel der rechten und konservativen Stimmungsmache, Ängste vor Kriminalität zu schüren und möglichst harte, polizeiliche Maßnahmen als Allheilmittel anzupreisen. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Insgesamt können wir froh sein, in einem so sicheren Land zu leben, in dem ein stetiges Sinken der Kriminalität zu beobachten ist. Oder wie es Boris Pistorius in seiner Rede vor dem Niedersächsischen Landtag am 27.02.2018 sagte: Niedersachsen ist sicher. Das NPOG bestätigt hingegen die Stimmungsmache von rechts, Niedersachsen sei, natürlich durch eine zu nachsichtige SPD-Regierung, unsicher und es ergibt auch nur Sinn, dieses Gesetz zu verabschieden, wenn man von der schlechten Sicherheitslage im Land überzeugt ist.



Wir sind nicht davon überzeugt und wir glauben, dass ihr, die Landtagsabgeordneten der SPD Region Hannover, es auch nicht seid. Wovon wir überzeugt sind, ist, dass die niedersächsische SPD selbstbewusst auf die Sicherheitslage im Land verweisen kann. Wir sind auch davon überzeugt, dass konkrete Erfolge in der Bildungs- und Sozialpolitik weiterhin die Grundlage für eine freie, sichere und solidarische Gesellschaft legen. Wir stehen deshalb auf der Seite des Bündnisses gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz und werden gegen die Verletzung unserer Freiheitsrechte auf die Straße gehen. Wir appellieren an euch: Lasst euch keinen Scheinkompromiss als Koalitionsverpflichtung verkaufen und lasst nicht zu, dass schwarze Law and Order Forderung in ein rotes Innenministerium getragen werden. Als Sozialdemokrat\*innen und Jungsozialist\*innen sind wir immer dann stark, wenn wir gemeinsam und selbstbewusst für unsere Werte stehen und uns nicht von anderen politischen Lagern treiben lassen. Steht deshalb mit uns gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz.

**Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover, 02.09.2018**